



Foto: fotolia/Sean Locke

Foto: dpa/Abedin Taherkaneh

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 9. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 133

Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Finale mit Tücken

Olaf Standke über die nächste Runde im US-Wahlkampf

Gehen wir einmal davon aus, dass die Finalpaarung im Kampf um das Weiße Haus feststeht – selbst wenn der demokratische Sozialist Bernie Sanders in der Nominierungsschlacht um die Präsidentschaftskandidatur buchstäblich bis zur letzten Sekunde und bei geringster eigener Chance seine Botschaft auf der großen Bühne verbreiten will. Hillary Clinton, als erste Frau überhaupt in dieser Rolle, versus Donald Trump, den durchgeknalltesten Bewerber zumindest in jüngster Vergangenheit – was bedeutet das für den Wahlkampf bis zum 8. November?

Politisch existenziell für beide ist schon, überhaupt erst einmal die eigene Partei hinter sich zu scharen. Nicht von ungefähr lobten die designierte demokratische Kandidatin und der Präsident höchstselbst Sanders für seine Kampagne, die Partei wie Land vorangebracht habe. Das sehen noch nicht alle im Clinton-Lager so, aber ohne den linken Flügel der Demokraten und die vielen jungen Anhänger des 74-Jährigen wird es erheblich schwerer für die Ex-Außenministerin. Ähnliches gilt für Trump, der nun jene bei den Republikanern mit ins Boot holen muss, die er bisher vor den Kopf gestoßen hat – vor allem um seinen Anti-Establishment-Feldzug einzig und allein und heftiger denn je auf seine Widersacherin fokussieren zu können. So droht in den nächsten Monaten aber auch eine massive Schlamm-schlacht jenseits programmatischer Debatten, hat Clinton doch längst begonnen, scharf zurück-zuschießen.

## UNTEN LINKS

In Kenia hat ein Affe die Stromversorgung des Landes für Stunden außer Kraft gesetzt, indem er beim Herumklettern auf einen Transformator fiel. In Deutschland gibt es nicht genug Affen, die auf eine so sensible Stelle der nationalen Stromversorgung stürzen könnten, wie ein Transformator sie darstellt. Das ist ein beruhigender Gedanke. Bei längerem Grübeln freilich stellen sich Zweifel ein. Sind Transformator in Deutschland wirklich so viel resistenter gegen die Launen des Schicksals, stehen möglicherweise auch sie in irgendeiner Flugbahn? Eventuell in der Flugbahn auch anderer Gegenstände als Affen? Sind da nicht dauernd Zwischenfälle mit herumfliegenden, herumlaufenden Tieren, die den Fortschritt mit unschönen Spuren ins Zwielflicht rücken? Rotorblätter können darüber ein Lied singen. Und ist nicht das neue Gesetz zu Erneuerbaren Energien selbst ein solches Beispiel verzögerten Fortschritts? Mancher sagt gar, es habe auch ein Affe daran mitgewirkt. uka

# Energiewende gewendet

Bundeskabinett verabschiedet Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes



Foto: photocase/birdys

Berlin. Während die Sonne nur für wenige Stunden auf die andere Erdhalbkugel verschwindet, scheint das Ende der Energiewende eingeläutet – auch wenn mehr als genug da ist von Sonne, Wind und Wasser. Denn mit der vom Bundeskabinett am Mittwoch verabschiedeten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) erhalten künftig nur die günstigsten Anbieter von Ökostrom staatliche Subventionen. Außerdem wird der Ausbau von Wind- und Sonnenenergie gebremst. Damit sei »der Weg frei für einen Paradigmenwechsel bei der Förderung der erneuerbaren Energien«, verkündete Bundeswirtschaftsminister Sigmar

Gabriel (SPD). Frei gemacht hat Gabriel den Weg in erster Linie für finanzstarke Investoren. Das EEG 2016 »bricht Bürgerenergiegenossenschaften das Genick und rollt großen Finanzinvestoren den roten Teppich aus«, erklärte Eva Bulling-Schröter, energie- und klimapolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Die Beteiligung von BürgerInnen und Kommunen werde durch die Umstellung unmöglich gemacht.

Opposition und Umweltverbände sehen durch das Gesetzesvorhaben auch die deutschen Ziele zum Klimaschutz in Gefahr. Der Energieexperte von Greenpeace, Tobias Aus-

trup, erklärte, Deutschland habe nur noch 14 Jahre Zeit, um seine Stromversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen, wenn es seinen Beitrag zum in Paris beschlossenen 1,5-Grad-Ziel noch leisten wolle. »Mit diesem EEG bricht die Bundesregierung jegliche Zusage der Pariser Konferenz.«

Gabriel selbst gab sich gelassen: Noch nie habe es einen so starken Anstieg bei den Erneuerbaren gegeben. »Die Energiewende ist nicht mehr zu stoppen und auch nicht mehr rückwärts abzuwickeln«. Das Ende einer zentralen Energieversorgung hat er auf jeden Fall eingeläutet. had Seiten 4 und 9

# Clinton setzt »historischen Meilenstein«

Ex-Außenministerin erklärt sich zur US-Präsidentschaftskandidatin / Sanders will weiter kämpfen

Nach Donald Trump bei den Republikanern sieht sich auch Hillary Clinton bei den Demokraten endgültig auf dem Weg zur US-Präsidentschaftskandidatur.

Von Olaf Standke

US-Präsident Barack Obama hat gratuliert und die »historische« Kampagne gelobt. Nicht nur die Londoner »Times« spricht davon, dass Hillary Clinton bereits jetzt »Geschichte geschrieben« habe. Und die designierte Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei selbst feiert ihren Erfolg als »Meilenstein«. Sie erklärte sich nach dem letzten »Superdientstag« vor jubelnden Anhängern in New York zur Siegerin des parteiinternen Vorwahlmarathons – als erste Frau überhaupt in einer der beiden großen US-amerikanischen Parteien.

Mit Siegen in mehreren Bundesstaaten hat die frühere Außenministerin den Vorsprung auf

ihren parteiinternen Konkurrenten Bernie Sanders weiter ausgebaut. So siegte sie auch im bevölkerungsreichsten US-Bundesstaat Kalifornien; daneben in New Jersey, New Mexico und in South Dakota. Sanders setzte sich beim sogenannten Caucus in North Dakota und in Montana durch.

Zuvor hatte sich Clinton nach Informationen der Nachrichtenagentur AP den Rückhalt weiterer »Superdelegierter« gesichert; das sind einstige oder aktuelle Amts- und Würdenträger der Partei, die in ihrem Votum auf dem Nominierungskongress im Juli nicht an die Vorwahlergebnisse gebunden sind. Laut einer Umfrage der »New York Times« wollen Stand heute 571 dieser Sonderdelegierten für Clinton stimmen, 48 für Sanders. So liege die frühere First Lady vor der letzten Vorwahl in der Hauptstadt Washington klar über den notwendigen 2383 Stimmen.

Obama telefonierte auch mit Sanders und dankte dem 74-Jäh-

rigen dafür, mit seiner Kampagne »Millionen Amerikaner« begeistert zu haben. Der Präsident will den demokratischen Sozialisten am heutigen Donnerstag im Weißen Haus empfangen. Der Senator aus Vermont erklärte derweil, er wolle weiter »hart um jede Stimme und jeden Delegierten kämpfen, um die Vorwahlen in Washington D.C. zu gewinnen«. Es gehe nicht nur darum, den rechtspopulistischen Immobilienmilliardär Donald Trump als Präsidenten zu verhindern – »es geht darum, unser Land zu verändern.«

Trump, der seine erforderlichen 1237 Delegiertenstimmen schon vor dieser letzten Wahlrunde der Republikaner mit ihm als einzigen Bewerber vorweisen konnte, rief die Partei zur Geschlossenheit auf und gab sich betont staatsmännisch und positiv: »Ich werde Euch stolz auf Eure Partei und die Bewegung machen.« Zuvor hatte es nach seinem

Verbalangriff gegen einen mexikanischstämmigen Richter, der das Ermittlungsverfahren gegen eine einst von ihm betriebene betrügerische »Universität« leitet, erneut heftige Kritik aus den eigenen Reihen gegeben. Auch der Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, nannte die Äußerungen rassistisch und »absolut unentschuldigbar« – will Trump aber weiter unterstützen. Denn Clinton müsse verhindert werden. Seite 7

Lesen Sie auf Seite 10

### Gesund leben

Will eine Wunde nicht heilen, können Maden ausnahmsweise sehr willkommen sein: Sie fressen abgestorbenes Gewebe und töten Bakterien ab.

## FPÖ-Einspruch gegen Stichwahl

Parteichef Strache: »Unzahl von Unregelmäßigkeiten und Pannen«

Wien. Die FPÖ ficht die österreichische Präsidentschaftswahl an, die ihr Kandidat Norbert Hofer knapp verloren hat. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache reichte Einspruch gegen das Ergebnis der Stichwahl beim Verfassungsgericht ein. Der von den Grünen unterstützte Politiker Alexander Van der Bellen hatte die Stichwahl vom 22. Mai mit 50,3 Prozent und knapp 31 000 Stimmen Vorsprung gewonnen. »Wir sind keine schlechten Verlierer«, sagte Strache vor Journalisten in Wien. »Da geht es um die Grundfesten der Demokratie, die gesichert sein müssen.« Ohne eine »Unzahl von Unregelmäßigkeiten und Pannen« hätte nach Straches Ansicht der FPÖ-Kandidat Hofer »Präsident werden können«.

Hofer selbst erklärte am 24. Mai bei einer Parteisitzung in Wien, es gebe keine Anzeichen für einen Wahlbetrug. Angesichts von »heftigen« Reaktionen seiner Anhänger nach der Bekanntgabe des knappen Ausgangs rief er die Österreicher damals zum »Zusammenhalt« auf. Er wolle die Wahl nicht anfechten, sagte Hofer. AFP/nd

## Bodo Ramelow unterliegt NPD

Gericht: Thüringer Ministerpräsident verstieß gegen Neutralitätspflicht

Weimar. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (LINKE) hat nach Überzeugung des Verfassungsgerichts mit einer Äußerung zur rechtsextremen NPD gegen seine Neutralitätspflicht im Amt verstoßen. Er habe damit das Recht der NPD auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb verletzt, entschied der Thüringer Verfassungsgerichtshof am Mittwoch in Weimar. Er gab damit einer Klage des NPD-Landesverbandes gegen den ersten Ministerpräsidenten der Linkspartei statt. Nach Ansicht der Landesvorsitzenden der LINKEN, Susanne Hennig-Wellsow, kommt das Urteil einem »Maulkorb« für Politiker gleich.

Anlass für den Rechtsstreit war ein Interview vom MDR Thüringen im Juni 2015, nachdem ein NPD-Abwahlenantrag gegen die Eisenacher LINKE-Oberbürgermeisterin im Stadtrat nur knapp gescheitert war. Darin appellierte Ramelow an alle demokratischen Parteien, »dass es wirklich keine Gemeinsamkeiten auf der Basis von NPD-Anträgen geben darf (...) Die Nazis werden damit aufgewertet«. dpa/nd Seite 6

## HDP-Abgeordnete ohne Immunität

Erdogans Willkürgesetz gegen die pro-kurdische Partei trat in Kraft

Istanbul. Auf Betreiben von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan ist die Immunität von mehr als einem Viertel der Abgeordneten im türkischen Parlament aufgehoben worden. Durch die Veröffentlichung im Amtsblatt trat die international kritisierte Verfassungsänderung am Mittwoch in Kraft. Die Maßnahme betrifft zwar Abgeordnete aus allen vier Parteien im Parlament, richtet sich aber vor allem gegen die pro-kurdische HDP. Erdogan wirft den HDP-Abgeordneten vor, Sprachrohr der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK zu sein. Er hatte ausdrücklich dazu aufgerufen, ihre Immunität aufzuheben. Ohne Immunität sind die Parlamentarier nicht mehr vor Strafverfolgung geschützt. Ihnen könnten auch Festnahmen drohen. Gegen die meisten Abgeordneten der HDP werden Terrorvorwürfe erhoben.

Die Partei hat angekündigt, nicht mit der Justiz zu kooperieren, die aus ihrer Sicht unter Erdogans Einfluss steht. HDP-Abgeordnete befürchten, in Untersuchungshaft genommen zu werden. dpa/nd Seite 7

